

Ordnung

zur Errichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen und

Betriebseinheiten

der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen

vom 21.09.2007

in der Fassung der fünften Ordnung zur Änderung der Ordnung zur

Errichtung von wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten

vom 15.11.2023

veröffentlicht als Gesamtfassung

Aufgrund der §§ 2 Abs. 4, S. 1, 29 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 2014 (GV. NRW S. 547), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes betreffend die Mitgliedschaft der Universitätskliniken im Arbeitgeberverband des Landes vom 30. Juni 2022 (GV. NRW S. 780b), hat die Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen (RWTH) die folgende Ordnung erlassen:

Gliederung

1. Abschnitt

Allgemeine Regelungen zu zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen

- § 1 Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen
- § 2 Errichtung, Änderung und Aufhebung von zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen
- § 3 Ausstattung der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung
- § 4 Leitung der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung
- § 5 *gestrichen*

2. Abschnitt

Allgemeine Regelungen zu zentralen Betriebseinheiten

- § 6 Zentrale Betriebseinheit
- § 7 Errichtung, Änderung und Aufhebung von zentralen Betriebseinheiten

3. Abschnitt

Allgemeine Regelungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten der Fakultäten

- § 8 Wissenschaftliche Einrichtungen der Fakultäten
- § 9 Betriebseinheiten der Fakultäten

4. Abschnitt

Besondere Regelungen

- § 10 Universitätsbibliothek
- § 11 IT Center
- § 12 Hochschulsportzentrum
- § 13 Gemeinschaftslabor für Elektronenmikroskopie
- § 13 a Sprachenzentrum
- § 14 Center für Lehr- und Lernservices
- § 15 Lehrerbildungszentrum
- § 16 Schlussvorschriften und In-Kraft-Treten

1. Abschnitt

Allgemeine Regelungen zu zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen

§ 1

Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen

Zentrale wissenschaftliche Einrichtungen können unter der Verantwortung des Rektorats gebildet werden, soweit und solange die Erfüllung von Aufgaben in Forschung und Lehre die gesamte Hochschule oder mehrere Fakultäten berührt und eine Zuordnung zu einer oder mehreren Fakultäten nicht zweckmäßig ist.

§ 2

Errichtung, Änderung und Aufhebung von zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen

- (1) Über die Errichtung, Änderung und Aufhebung von zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen sowie über deren Leitung beschließt das Rektorat nach Anhörung der Fakultäten.
- (2) Mit dem Antrag auf Errichtung oder Änderung einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung wird von der verantwortlichen Fakultät eine Darstellung der Aufgaben der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung vorgelegt. Dabei sind die Aufgaben der an ihr beteiligten Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gemäß § 35 HG in Forschung und Lehre, die geplante Organisation und Ausstattung darzustellen. Sind organisatorische Untergliederungen der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung vorgesehen, so sind diese im Antrag aufzuführen. Die Aufgaben der wissenschaftlichen Einrichtungen sind bei ihrer Errichtung durch das Rektorat zu bestimmen.
- (3) Die Unterlagen nach Absatz 2 müssen Stellungnahmen, ggf. Vereinbarungen nach § 3 Abs. 3 sowie Zustimmungserklärungen der an der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung zu beteiligenden Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer enthalten.
- (4) Der Antrag einer Hochschullehrerin oder eines Hochschullehrers gemäß § 35 HG auf Ausscheiden aus einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung ist dem Rektorat als Änderungsantrag gemäß Absatz 1 vorzulegen.

§ 3

Ausstattung der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung

- (1) Den zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen werden vom Rektorat Personalstellen, Mittel und Räume zugeordnet oder zugewiesen, damit die Aufgaben nach § 2 Abs. 2 erfüllt werden können. Die Zuweisung enthält Bindungen für die Aufgabenbereiche der einzelnen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gemäß § 35 HG. Diese Bindungen sollen sicherstellen, dass diese Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ihre Aufgaben in Forschung und Lehre erfüllen können; der Umfang der Bindungen ergibt sich aus den Berufungszusagen gemäß § 37 Abs. 3 HG. Für die ihnen durch den Vorstand der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung, ggf. entsprechend einer Vereinbarung gemäß Absatz 2 zugewiesenen Personalstellen, Mittel und Räume entscheiden die einzelnen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer über den Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Verwendung der Mittel und Räume. Für die ihnen zugewiesenen Personalstellen entscheiden die einzelnen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer über die Auswahl einzustellender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dasselbe gilt für die ihnen durch das Rektorat zugeordneten Personalstellen.
- (2) Über die Verwendung von Personalstellen, Mitteln und Räumen, die aus Beiträgen Dritter zur Verfügung stehen, wird innerhalb der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung im Rahmen der jeweiligen Bewilligungsbedingungen von demjenigen entschieden, dem diese Mittel bewilligt worden sind.
- (3) Über Grundsätze der Organisation und der Mittelverteilung sowie über Errichtung, Unterhaltung und Nutzung gemeinsamer Einrichtungen kann zwischen allen der an der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung tätigen Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer gemäß § 35 HG eine Vereinbarung getroffen werden. Die Vereinbarung ist dem Vorstand der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung und dem Rektorat zur Kenntnis zu bringen. Hält das Rektorat eine ihnen zur Kenntnis gebrachte Vereinbarung für rechtswidrig, so wirken sie unverzüglich auf deren Änderung hin. Bei einer wesentlichen Veränderung der Voraussetzungen, unter denen die Vereinbarung geschlossen wurde, kann die Rektorin bzw. der Rektor die Geschäftsführung einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung auffordern, auf eine Anpassung der Vereinbarung hinzuwirken. An die Vereinbarung sind der Vorstand der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung bei seinen Beschlüssen und Entscheidungen und die Geschäftsführung bei der Führung der Geschäfte der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung gebunden.

§ 4

Leitung der zentralen wissenschaftlichen Einrichtung

- (1) Die Leitung einer zentralen wissenschaftlichen Einrichtung obliegt einem Vorstand, dem mehrheitlich an der RWTH tätige Personen aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer angehören.
- (2) Der Vorstand kann durch eine Geschäftsführung unterstützt werden.

§ 5 **gestrichen**

2. Abschnitt **Allgemeine Regelungen zu zentralen Betriebseinheiten**

§ 6 **Zentrale Betriebseinheit**

Für Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Medien-, Informations- und Kommunikationsmanagement und -technik, für die in größerem Umfang Personal und Sachmittel ständig bereit gestellt werden, kann das Rektorat zentrale Betriebseinheiten errichten, soweit dies zweckmäßig ist.

§ 7 **Errichtung, Änderung und Aufhebung von zentralen Betriebseinheiten**

- (1) Über die Errichtung, Änderung und Aufhebung von zentralen Betriebseinheiten beschließt das Rektorat nach Anhörung der beteiligten Fakultäten.
- (2) Die Aufgaben der zentralen Betriebseinheit sind bei ihrer Errichtung zu bestimmen.
- (3) Leitung und Verwaltung einer zentralen Betriebseinheit regelt das Rektorat.
- (4) Die zentralen Betriebseinheiten entscheiden über die Verwendung der Personalstellen, Mittel und Räume, die ihnen vom Rektorat zugewiesen worden sind.

3. Abschnitt **Allgemeine Regelungen zu wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten der Fakultäten**

§ 8 **Wissenschaftliche Einrichtungen der Fakultäten**

- (1) Über die Errichtung, Änderung und Aufhebung von wissenschaftlichen Einrichtungen der Fakultäten beschließt das Rektorat unter Berücksichtigung der vorgelegten Anträge und im Einvernehmen mit den beteiligten Fakultäten.
- (2) Die §§ 2 Abs. 2 - 4, 3, 4, 5 für zentrale wissenschaftliche Einrichtungen gelten entsprechend mit der Maßgabe, dass an die Stelle des Rektorats das Dekanat und an die Stelle der Rektorin bzw. des Rektors die Dekanin bzw. der Dekan tritt.

§ 9 Betriebseinheiten der Fakultäten

- (1) Für wissenschaftliche oder technische Dienstleistungen, durch die die Erfüllung der Aufgaben in Forschung und Lehre innerhalb einer Fakultät unterstützt wird, können unter der Verantwortung der Fakultät Betriebseinheiten gebildet werden, soweit und solange hierfür in größerem Umfang Personalstellen, Mittel und Räume ständig bereitgestellt werden müssen.
- (2) Soll eine Betriebseinheit für mehrere Fakultäten Dienstleistungen erbringen, so kann sie als gemeinsame Betriebseinheit dieser Fakultäten errichtet oder in eine solche umgewandelt werden. Dabei sind die für die Betriebseinheit verantwortliche Fakultät und die Art der Beteiligung der anderen Fakultäten durch eine Übereinkunft zwischen den betroffenen Fakultäten festzulegen. Gemeinsame Betriebseinheiten können auch als zentrale Betriebseinheiten errichtet oder in solche umgewandelt werden.
- (3) Die Aufgaben der Betriebseinheiten sind bei ihrer Errichtung zu bestimmen.
- (4) Leitung und Verwaltung einer Betriebseinheit regelt das verantwortliche Dekanat.
- (5) Die Betriebseinheiten entscheiden über die Verwendung der Personalstellen, Mittel und Räume, die ihnen von den Dekanaten zugewiesen worden sind.
- (6) Über die Errichtung, Änderung und Aufhebung von Betriebseinheiten einer Fakultät beschließt das Dekanat nach Anhörung des Fakultätsrates.
- (7) Über die Errichtung, Änderung und Aufhebung gemeinsamer Betriebseinheiten mehrerer Fakultäten beschließt das Rektorat nach Anhörung der beteiligten Fakultäten.

4. Abschnitt Besondere Regelungen

§ 10 Universitätsbibliothek

- (1) Die Universitätsbibliothek ist die Zentrale Betriebseinheit der Hochschule für die Literatur- und Informationsversorgung. Sie umfasst den gesamten für ihre Aufgabenerfüllung vorhandenen Literaturbestand in Zentraleinheit und Fachbibliotheken. Ihre Aufgabe ist die Bereitstellung und Vermittlung von Literatur- und Information sowie die Beratung und Unterstützung bei der Nutzung von Literatur- und Informationsquellen.
- (2) Die Universitätsbibliothek wird nach einheitlichen bibliotheksfachlichen Grundsätzen von einer hauptamtlichen Leiterin bzw. einem hauptamtlichen Leiter, die bzw. der die Befähigung zum höheren Bibliotheksdienst oder eine vergleichbare Qualifikation besitzen muss, geleitet. Die Leiterin bzw. der Leiter wird vom Rektorat bestellt und ist Vorgesetzte bzw. Vorgesetzter aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die der Universitätsbibliothek zugewiesen sind. Ihr bzw. ihm obliegt in Grundsatzangelegenheiten die bibliotheksfachliche Aufsicht über alle Bibliotheken in der Hochschule. Bei der Auswahl der Literatur- und Informationsquellen sollen die Vorschläge der Fakultäten und Einrichtungen berücksichtigt werden.
- (3) Die Universitätsbibliothek kooperiert zum Zweck ihrer Aufgabenerfüllung regional und überregional mit vergleichbaren Einrichtungen.

- (4) Zur Beratung der Leitung der Universitätsbibliothek in Grundsatzangelegenheiten setzt das Rektorat eine Steuerungsgruppe ein, die aus maßgeblichen Nutzern sowie aus sachnahen Personen besteht. Die Anzahl der Mitglieder sollte maximal 8 betragen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen gemäß § 11 Abs. 1 HG können geeignete Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen.

§ 11 IT Center

- (1) Das IT Center ist eine Zentrale Betriebseinheit. Ihm obliegen insbesondere
1. die Planung, der Betrieb und die Bereitstellung von zentralen Daten-, Rechen-, Visualisierungs- und Kommunikationsanlagen und der darauf aufbauenden Dienste sowie die Beratung und Unterstützung bei der Nutzung,
 2. die Planung und der Betrieb des Hochschulkernnetzes,
 3. die Entwicklung von Konzepten für institutsübergreifende Lösungen in Fragen der Informationstechnologie.
- (2) Das IT Center wird in der Regel von einer hauptamtlichen Leiterin bzw. einem hauptamtlichen Leiter geleitet, die oder der vom Rektorat bestellt wird.
- (3) Das IT Center kooperiert zum Zweck seiner Aufgabenerfüllung regional und überregional mit vergleichbaren Einrichtungen.
- (4) Zur Beratung der Leitung des IT Center in Grundsatzangelegenheiten setzt das Rektorat eine Steuerungsgruppe ein, die aus maßgeblichen Nutzern sowie aus sachnahen Personen besteht. Die Anzahl der Mitglieder sollte maximal 8 betragen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen gemäß § 11 Abs. 1 HG können geeignete Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen.

§ 12 Hochschulsportzentrum

- (1) Das Hochschulsportzentrum ist eine zentrale Betriebseinheit. Die Aufgaben des Hochschulsports an der RWTH liegen in der Bereitstellung eines qualifizierten Sport- und Bewegungsangebotes.
- (2) Für die Leitung gilt § 11 Abs. 2 sinngemäß.
- (3) Zur Beratung der Leitung des Hochschulsportzentrums in Grundsatzangelegenheiten des Hochschulsports setzt das Rektorat eine Steuerungsgruppe ein, die aus maßgeblichen Nutzern sowie aus sachnahen Personen besteht. Die Anzahl der Mitglieder sollte maximal 8 betragen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen gemäß § 11 Abs. 1 HG können geeignete Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen.

§ 13 Gemeinschaftslabor für Elektronenmikroskopie

- (1) Das Gemeinschaftslabor für Elektronenmikroskopie ist eine Zentrale Betriebseinheit für die Mikrostrukturabbildung, Mikrostrukturanalyse und Mikroanalyse mit Schwerpunkt Elektronenstrahltechnik.

- (2) Für die Leitung gilt § 11 Abs. 2 sinngemäß.
- (3) Zur Beratung der Leitung des Gemeinschaftslabors für Elektronenmikroskopie in Grundsatzangelegenheiten setzt das Rektorat eine Steuerungsgruppe ein, die aus maßgeblichen Nutzern sowie aus sachnahen Personen besteht. Die Anzahl der Mitglieder sollte maximal 8 betragen. Die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen gemäß § 11 Abs. 1 HG können geeignete Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen.

§ 13 a Sprachenzentrum

- (1) Das Sprachenzentrum ist eine Zentrale Betriebseinheit für die Sprachausbildung der Studierenden und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der RWTH Aachen.
- (2) Für die Leitung gilt § 11 Abs. 2 sinngemäß.
- (4) Zur Beratung und Steuerung der Leitung des Sprachenzentrums setzt das Rektorat einen Beirat ein, der aus maßgeblichen Nutzern sowie sachnahen Personen besteht. Die Anzahl der Mitglieder sollte maximal 10 betragen. Näheres regelt die Satzung des Sprachenzentrums.

§ 14 Center für Lehr- und Lernservices

- (1) Das Center für Lehr- und Lernservices ist eine zentrale Wissenschaftliche Einrichtung. Im Rahmen seiner Aufgaben erfüllt es entsprechend des § 29 Abs. 1 S. 2 HG die Aufgaben der anforderungsgerechten, fachbezogenen, fächerübergreifenden sowie nachhaltigen Qualifizierung des Lehrpersonals an der RWTH und bietet beratende sowie technische Unterstützung des Blended-Learning Einsatzes in der Lehre.
- (2) Es hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - Systematische und kontinuierliche Beratung, Weiterbildung und Qualifizierung sowie Vernetzung aller Lehrenden der RWTH in Fragestellungen der Lehre;
 - Beratung und Unterstützung der Lehrenden zur medialen Aufbereitung von Lehr-/Lern- und Prüfungsinhalten zum Ausbau des Blended-Learning und zur Integration neuer Medien in die Lehre an der RWTH;
 - Weiterentwicklung der Lehr- und Lernplattform und die Evaluation des Lernverhaltens aufgrund der Nutzung der bereitgestellten Formate;
 - Erarbeitung und Bereitstellung von Konzepten für zukünftige Lehr-/Lern- und Prüfungsprozesse sowie Weiterbildungsangebote;
 - Bedarfsorientierte und fachspezifische Operationalisierung der Erkenntnisse der Lehr- und Lernforschung und entsprechende Integration in die Angebote des Centers für Lehr- und Lernservices;
 - Koordination des Aachener Mentoring Modells.
- (3) Für die Leitung wird ein Vorstand eingesetzt.

- (4) Zur Beratung der Leitung des Centers für Lehr- und Lernservices setzt das Rektorat einen Beirat ein, der aus maßgeblichen Nutzerinnen und Nutzern bzw. deren Vertretung sowie sachnahen Personen aus den Fakultäten und dem Kreis der Studierenden besteht. Die Anzahl der Mitglieder beträgt acht. Die Vertreterinnen und Vertreter der Gruppen gemäß § 11 Abs. 1 HG können geeignete Kandidatinnen und Kandidaten vorschlagen.

§ 15 Lehrerbildungszentrum

- (1) Das Lehrerbildungszentrum ist eine zentrale wissenschaftliche Einrichtung. Zentrale Aufgabe des Lehrerbildungszentrums ist die Sicherung und Weiterentwicklung einer sowohl wissenschaftsorientierten als auch berufsfeldbezogenen Lehramtsausbildung. In den Bereichen Studium und Lehre sowie Forschung arbeitet es eng mit den lehramtsausbildenden Fakultäten zusammen. Bei fakultätsübergreifenden Fragen, die sich aufgrund von veränderten Rechtsvorschriften zur Lehramtsausbildung ergeben, hat das Lehrerbildungszentrum mit seinem Organ des Zentrumsrates im Benehmen mit den beteiligten Fakultäten beschließende Funktion. Bei grundsätzlichen Änderungen von Rahmenbedingungen in der Lehramtsausbildung sind einvernehmliche Beschlüsse des Zentrumsrats und der beteiligten Fakultäten erforderlich. Des Weiteren übernimmt das Lehrerbildungszentrum in der Lehramtsausbildung unterstützende, koordinierende und beratende Funktionen im Bereich der Praxisphasen, bei fakultäts- bzw. fachübergreifenden Studienelementen sowie studienorganisatorischen Fragen.
- (2) Organe des Lehrerbildungszentrums sind der Vorstand und der Zentrumsrat.
- (3) Die bzw. der Vorstandsvorsitzende des Lehrerbildungszentrums wird vom Rektorat bestellt.

§ 16 Schlussvorschriften und In-Kraft-Treten

Alle in dieser Ordnung geregelten wissenschaftlichen Einrichtungen und Betriebseinheiten stehen Mitgliedern und Angehörigen der RWTH sowie sonstigen Personen nach Maßgabe der jeweiligen Verwaltungs- und Benutzungsordnung zur Verfügung. Diese Ordnung wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der RWTH veröffentlicht und tritt am am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Rektorats vom 03.11.2023.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Abs. 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- 1) die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
- 2) das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
- 3) der Form oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
- 4) bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Der Rektor
der Rheinisch-Westfälischen
Technischen Hochschule Aachen

Aachen, den 15.11.2023

gez. Rüdiger
Univ.-Prof. Dr. rer. nat. Dr. h. c. mult. U. Rüdiger